

6432  
Theater  
L. Tietz  
M. Willen  
Kaufmann  
1919 Nr. 562  
Morgen-Ausgabe  
Mittwoch, 12. November  
Anzeigenpreis:  
Gebäudezeitung  
Eigentümer  
Verleger  
Verantwortlicher  
Redakteur  
Druckerei  
Vertrieb  
Anzeigenpreis:  
Gebäudezeitung  
Eigentümer  
Verleger  
Verantwortlicher  
Redakteur  
Druckerei  
Vertrieb

# Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

1919 Nr. 562  
Morgen-Ausgabe  
Mittwoch, 12. November  
Anzeigenpreis:  
Gebäudezeitung  
Eigentümer  
Verleger  
Verantwortlicher  
Redakteur  
Druckerei  
Vertrieb

### Neueste Tagesnachrichten

Der Untersuchungsausschuss fehte die Verhaftung von Capelles fort.  
Frankreich verlangt die Auslieferung von 60 Russen auf Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages.  
Clemenceaus Mitteilung, daß die südfranzösischen Behörden den bulgarischen Friedensvertrag nicht anerkennen würden, es sei nicht den österreichischen Frieden unterzeichnet haben, wurde mit Protest aufgenommen.  
Polen hat die Neutralität freischwebenden Staaten abgelehnt, am 20. die Feindeligkeiten einzustellen.  
Nach neueren Meldungen aus der Kali-Industrie habe die Produktion von Kali zu bekommen, um die Auslandsbedürfnisse innewahren zu können.

### Frankreich verlangt die Auslieferung

Versailles, 11. November.  
Die „Liberté“ mittelt, verlangt Frankreich die Auslieferung von 60 Deutschen auf Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages. Die französische Regierung werde in der vom Führer der Kommission betreffend die Regelung des Verkehrsverkehrs nach dem Unterstaatssekretär für Militärjuli, Lanza, vertreten sein.

### Die Offiziersperre

Berlin, 11. November.  
Zu der Bekanntmachung vom 8. November über die Offiziersperre wird amtlich ergänzt:  
1. Die Offiziersperre besteht noch fort, so daß sich also deutsche Schiffe, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, der Teilnahme der alliierten Seestreitkräfte aussetzen.  
2. Zur Hebung der Offiziersperre, die bereits vor dem 10. Oktober im Falle von generellen Friedensverträgen, dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung der alliierten Marine-Verwaltungskommission für jede einzelne Reise außerhalb der Drei-Meilenzone zwischen deutschen Häfen verkehren.

### Die Arbeitsaufnahme in der Metallindustrie

Berlin, 11. November.  
Die Sachverständigen-Kommission und das Metallarbeiter-Mittel, ist entsprechend der Abmachung in den Betrieben der Metallindustrie für beendet erklärt worden. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, kann die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen werden.  
Die „A. M.“ meldet: Obwohl die Arbeiter vieler Betriebe der Metallindustrie heute erst über die Wiederaufnahme der Arbeit abstimmen, haben fast sämtliche Werke ganz vorwiegend ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, weil der Arbeitsmarkt sich nicht mehr füllern.

### Zeitungsstreik in Paris

Paris, 11. November.  
Das einzige Blatt, das von den Zeitungsverlegern gemeinsam herausgegeben wird und sich „La Voix de Paris“ nennt, teilt mit, daß der Streik der Drucker durch eine Forderung auf Erhöhung des Tageslohnes um 5 Francs hervorgerufen worden ist.

### Am 25. Waffenstillstand in Rußland?

Der Washington-Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt, daß die polnische Regierung beabsichtigt, alle kriegsführenden Parteien mit Rußland aufzufordern, die Friedensverträge am 25. d. M. einzustellen und die letzte nach Warschau zu entsenden, die über den sofortigen allgemeinen Frieden verhandeln sollen. Die Friedensverträge sind ebenfalls aufgestellt worden, die letzte nach Warschau, die am 15. Dezember einzuweisen soll, teils zu kommen.

London, 11. November.  
Im Unterhaus fragte Watson, ob die Regierung einen Waffenstillstand in Rußland in seiner Hand in Ostpreußen abschließen werde, das man wissen sei, mit Lenin und Trotzki Verhandlungen anzufangen. Bonar Law antwortete, es bestünde nicht die sofortige Aussicht, etwas Bestimmtes zu tun. Es würden keinerlei Beratungen stattfinden, unternehmen, die der Feind volle Gelegenheit zur Diskussion geben würde. In seiner Rede habe Lord George eine solche Hoffnung ausgesprochen, daß es einen Weg zur Erlangung des Friedens in Rußland geben werde. „Telegraph“ zufolge erklärte Bonar Law, er könne zwischen der Rede Lord Georges und der, die Churchill vor Wochen gehalten habe, ein Unterschied bestehen, daß es ihm darauf ankomme, daß es sich nicht um die Absicht handele, einen Waffenstillstand abzuschließen, sondern um die Absicht, einen Waffenstillstand abzuschließen, den man nicht abschließen könne, wenn man nicht bereit sei, die Verhandlungen zu unterbrechen.

## Noch immer der U-Bootkrieg

### Fortsetzung der Vernehmung von Capelle - Das U-Bootamt - Was erwartete man in der Marine vom rücksichtslosen U-Bootkrieg - Der Kreuzerrieg - Heute: Vernehmung Heffersich

Infer h-sonderberichterstattet drückt: Berlin, 11. November.

(Fortsetzung des Berichtes der gestrigen Abendausgabe)  
Hr. Götting: Nach dem Demobilisationsplan hatte die „Germania-Werft“ in Kiel 12 U-Boote zu bauen. Die Hälfte davon wurde gefertigt.  
Hr. Götting: Die „Germania-Werft“ war nach dem Friedensvertrage im Stillstand. U-Boote wurden fort gebaut, die anderen Kiel nicht aus, sondern wurden der „Fischer-Werft“ übergeben. Die Gesamtzahl blieb unverändert.  
Hr. Götting: Das geschah aber erst im Oktober.  
Hr. Götting: Die Vergrößerung um einige Boote ist allerdings entstanden.  
Hr. Götting: Und andere Werften sind nur ganz allmählich und teilweise zum U-Bootbau herangezogen worden?  
Staatssekretär v. Capelle: Ein Teil der Werften baute U-Boote, die anderen Minenboote. Den Werften ist ein neuer Tap nicht aufgegeben worden. Sie haben sich aber geradezu darum geiffert.

Hr. Götting: Das ist kein Vorteil, sondern Nachteil, wenn neue Werften zugezogen werden müssen, weil wir dann erst Erfahrungen sammeln müssen. Es kommt aber nun darauf an, wie viele U-Boote im ganzen gebaut wurden.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

Hr. Götting: Sie haben erklärt, daß Sie nicht nur die U-Boot-Produktion durchzuführen, daß ein sechsmonatiger U-Bootkrieg mit vollständigem Abschneiden aller seefähigen Schiffe der Welt nicht möglich sei.  
Hr. Götting: Staatssekretär v. Capelle hat erklärt, es sei nach der gegenwärtigen Lage unmöglich gewesen, ein größeres als das U-Boot-Produktionsniveau aufzustellen, weil alle vorkriegs Parteien außer der Sozialdemokratie für den U-Bootkrieg waren. Von der Sozialdemokratie ist die Vergrößerung der U-Boot-Produktion eine Operation dafür eingeleitet. Dem Gesundheitsrat haben Sie erklärt, daß wir nicht genug U-Boote hätten, um den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen zu können. Diese Rede ist leider in den Reichstagsakten nicht vorhanden.

## Das U-Bootsamt

Ich habe mich in dieser Zeit die Ansicht und von keiner anderen Seite mir ein Druck auf mich. Ich war der Meinung, daß ich die U-Bootbautätigkeit in eine einzige Hand legen müßte, loslöste ich von den übrigen Bautätigkeiten der Marine. Daraufhin ist es meiner eigenen Initiative

geschaffen worden. Das hat mich nicht zu tun hätten, als U-Boot zu bauen, was notwendig ist. Es dauerte aber nicht lange, da war in meinem U-Bootsamt der Konflikt da. Das U-Bootsamt hatte die anderen Marineminister an die Wand gedrückt. Ich hatte also nur Entscheidungen zu fällen und fortwährend Frieden zu stiften. Ich habe mich aber nicht zu tun, als ich die U-Bootsamt übernahm. Ich habe mich aber nicht zu tun, als ich die U-Bootsamt übernahm. Ich habe mich aber nicht zu tun, als ich die U-Bootsamt übernahm.

Staatssekretär v. Capelle: Die Frage, ob und wann der rücksichtslose U-Bootkrieg geführt werden sollte, ging mich als Staatssekretär militärisch nicht an. Ich hatte keinen Einfluß darauf und bin niemals gefragt worden, weder vom Kaiser noch vom Reichstag, noch von der Reichsleitung oder vom sonst irgendwem. Die private Ansicht ist folgende: Als ich im Jahre 1916 ernannt wurde, beurteilte ich unsere Kriegslage als verhältnismäßig günstig und konnte mich mit der von der Reichsregierung getroffenen Entscheidung, den rücksichtslosen U-Bootkrieg zu führen, nicht einverstanden erklären. Ich war mir über die Gefahr des rücksichtslosen U-Bootkrieges auf politischem Gebiet gegenüber den Neutralen vollkommen im Klaren. Infolgedessen wurde es mir nicht, die gefasste Entscheidung im Reichstag zu vertreten. Es war im Jahre 1916/17, als ich dieselbe Ansicht wie die Oberste Seereschule hatte, als die Situation sich geändert war. Ich habe mich nicht mehr für, als das letzte Kriegsmittel einzusetzen, um uns vor dem Untergang oder vor einem unglücklichen Frieden zu retten. Der Oberste Admiralstab hat wohl davon gesprochen, daß wir England zu dem Frieden zwingen würden.

## Der Erfolg des U-Bootkrieges

wird aber in der Denkschrift damit begründet, um England zu einem dauerhaften Frieden geneigt zu machen. Derzeitiger Staatsminister zitiert mehrere Stellen aus der Denkschrift, aus denen hervorgeht, daß die Marine keinen entscheidenden Erfolg erzielt hat. Er zitiert auch die verschiedenen Schreiben der Admiraltät, daß diese nicht auf ein physisches Niederwerden Englands hoffe, sondern ein völliges Niederrücken Englands durch den U-Bootkrieg erwartete.

Staatssekretär v. Capelle: Die Verantwortung dieser Fragen ist nicht meines Amtes. Ich habe nur meine persönliche Ansicht geäußert worden. Minister Dr. David: Nach den Darstellungen Capelles und des Admirals noch scheint es, als ob man vom U-Bootkrieg erwarten könne ein physikalisches Niederwerden Englands zu erwarten. Derzeitiger Staatsminister zitiert auch die verschiedenen Schreiben der Admiraltät, daß diese nicht auf ein physisches Niederwerden Englands hoffe, sondern ein völliges Niederrücken Englands durch den U-Bootkrieg erwartete.

Staatssekretär v. Capelle: Seitens der Marine und seitens der nachgehenden Stellen ist niemals der Gedanke gehegt worden, daß man England von der Lebensmittel- und Kohlenzufuhr vollkommen abschneiden könne oder die Munitionszufuhr nach Frankreich verhindern könne. Von mir ist im Hauptausfluß vor einer solchen Aufhebung der Wirkung des U-Bootkrieges gewarnt worden. Ich habe immer erklärt, es handle sich in der Hauptsache nur um ein Wirtschaftsprobleme im ganzen. v. Capelle zitiert auch der Quasi-Rede vom Jahre 1916 Stellen, die des besetzten sollen und meint, der Ausdruck: Auf die Ringe zwingen, der von anderer Stelle gemacht worden sei, stamme aus den Ausführungen des Abn. Treseemann. Aber auch Treseemann hat die letzten Marinestellen hätten darunter nichts zu verstehen, daß England vollkommen vernichtet und niedergeworfen werden könnte.

Hr. Dr. Einshammer: Diese Ansicht hatten Sie im März des Jahres 1916. Wie dachte der Admiralstab aber während des Jahres 1916 nach der Denkschrift der Admiraltät vom 23. Dezember? Der Redner zitiert absondern aus dieser Denkschrift verschiedene Stellen, in der er auch Bezug nimmt auf eine Stelle, in der bewiesen werden soll, daß es gelingen werde, England durch Abschneiden seiner Vorräte, und Kohlenzufuhr das Leben zu erschweren. Die Auffassung der Admiraltät sei übrigens auch damals, wie aus der Rede v. Treseemann des Staatssekretärs Zimmermann hervorgeht, die Auffassung des Admiralsstabes gewesen.

## Die Situation im Frühjahr 16 und 18

zum übrigen gesundheitlichen beneinander. Denn im Jahre 1917 ist eine solche Verteilung gemacht. Staatssekretär Prof. Bonn: Sie haben angeführt, Sie hätten, weil Sie angenommen hätten, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg aus politischen Gründen nicht geführt werden könne, keine Möglichkeit gesehen, im Sommer 1916 die U-Boote zu beschleunigen. Die politische Entscheidung bebrutete doch aber nicht, daß auf jeden U-Bootkrieg

ein. Es ist zuzugeden worden, daß auch Herr v. Bethmann, wenn auch in lebenswichtiger Form, sich um den beschleunigten U-Bootkrieg bemüht hat. Interessant ist, daß die Rede des Herrn v. Capelle vom 28. oder 30. März nicht mehr in den Reichstagsakten vorhanden ist. Vielleicht habe ich bereits darauf hingewiesen, daß Graf Westarp schwere Worte in dieser Hinsicht gesprochen hat.

Staatssekretär v. Capelle: Ich bin im März 1916 gegen meine erhobenen wiederholten Widerspruch zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes ernannt worden. Dieser Widerspruch hinsichtlich der U-Boote wurde mir entgegen geschickt. Die Marine so gut wie gar nichts mehr zu tun gehabt habe. Ich war dabei auf meinen Departementsdirektor angewiesen. Diesen habe ich sehr hoch gehalten. In der Tat hatte er auch eine sehr große Geschäftigkeit. Er hat mich auch über die U-Boote informiert. Dieser Departementsdirektor hatte also die ganze Bautätigkeit der Marine unter sich. Nur ich kann, so lange er, das alles übersehen. Dies geschah mir nur durch den Umstand, daß ich wurde mit dem Obersten Admiralstab in Verbindung stand. Dieser Herr ist ebenfalls wiederholt über mich berichtet worden, was ich nun gemüßigt haben der Vater des Obersten für den rücksichtslosen U-Bootkrieg gewesen ist, kam ich zu der Entscheidung, daß die Sache anders abhandelt werden müßte. Das







